

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/04/2009

über die öffentliche Sitzung am 26.05.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Christian Conring
Herr Rolf Griesenberg
Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Michael Stukenberg - beratend -

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Werner Bandick - bis inkl. TOP 8 -
Herr Klaus Butzek - Seniorenbeirat -
- bis TOP 9 -
Frau Gisela Dietterlein - Seniorenbeirat (nur öffentl. Teil)
-
Herr Hauke Feldvoss - KiJuB (nur öffentl. Teil) -
Frau Monja Löwer - bis inkl. TOP 8 -
Frau Karen Schmick - bis inkl. TOP 7 -

Verwaltung

Frau Angela Haase - Protokollführerin -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Frau Stefanie Mellinger - bis inkl. TOP 8 -
Frau Susanne Philipp-Richter - stellv. Bürgermeisterin - - bis
inkl. TOP 8 -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Frau Birte Voss

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2009 vom 28.04.2009
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Rückkaufverpflichtung im Gebiet "Erlenhof" **2009/001/1**
- Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen
7. Pavillon Rathausplatz 39 **2009/068**
8. Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt **2009/033**
- Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt -
9. Änderung der Verwaltungsgebührensatzung **2009/046**
10. Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg **2009/045**
11. Breitbandanbindung der Gewerbegebiete **2009/064**
- Feststellung der Anforderungsprofile -
12. Verschiedenes
- 12.1. Erweiterte Räume für den Kinder- und Jugendbeirat
- Einladung -
13. Kenntnisnahmen
- 13.1. Anschaffung eines Notstromaggregats für das Rathaus
- 13.2. Weitere Nutzung der Holzhäuser Reeshoop 55 c (Vorlagen-Nr. 2008/ 131)

3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin äußert sich verärgert über den Zustand der **Radwege** in Ahrensburg, insbesondere aber über die Situation für die Radfahrer am Rondeel und in der Hagener Allee.

Der Vorsitzende führt aus, dass auf Antrag von BÜNDNIS 90/ Die Grünen statt wie in den Vorjahren nur 50.000 € im Haushalt 2009 200.000 € für die Erstellung eines Radwegekonzeptes bereitgestellt worden sind. Die Einwohnerin zweifelt den Sinn von Konzepten an, sie fordere tatsächliche Verbesserungen. Der Vorsitzende entgegnet, dass in diesem Betrag auch Baukosten enthalten sind und regt an, das Anliegen im Umweltausschuss bzw. Bau- und Planungsausschuss vorzutragen, diese Ausschüsse seien zuständig.

Die Einwohnerin teilt ferner mit, dass sie der Auffassung sei, beim **badlantic** seien die Energiekosten bei der Bauausführung zu wenig berücksichtigt worden. Sie fordert trotz des hohen Defizits langfristig den Erhalt des Bades und Investitionen in dieses städtische Eigentum. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Stadt 2009 ein Defizit von rd. 1,7 Mio. € trage, der Bestand stehe dennoch nicht infrage.

Der Berichterstatter ergänzt, dass im Rahmen des Konjunkturprogramms II rd. 880.000 € für die Dach- und Fassadensanierung des badlantic beantragt worden sind. Die Einwohnerin zweifelt dieses Programm an, da es auf einer Neuverschuldung basiere, die auf allen Ebenen (Bund, Land, Kommune etc.) zu vermeiden sei.

Der Vorsitzende räumt dieses ein, es sei jedoch eine Frage der Prioritätensetzung. Er verweist im Hinblick auf die konjunkturelle Lage auf das Problem des Nachtragshaushalts, der letztlich festlege, welche Maßnahmen die Stadt finanzieren und damit umsetzen kann.

Im Hinblick auf die Frage von **Neuverschuldung** fragt die Einwohnerin nach, ob es möglich sei, eine Neuverschuldung generell zu vermeiden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass hierbei sowohl konsumtive wie auch investive Ausgaben zu betrachten sind. Eine Neuverschuldung werde nach Möglichkeit grundsätzlich vermieden. Dieses ist in den vergangenen Jahren auch gelungen.

Herr Stukenberg ergänzt für die FDP, dass diese dem Wähler versprochen habe, dass keine Neuverschuldung erfolgen werde. Dieses gelte auch trotz zusätzlicher Aufwendungen für das Konjunkturprogramm II.

4 **Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2009 vom 28.04.2009**

Es wird geklärt, dass die Stadtverordnete Voss in der vergangenen Sitzung tatsächlich durchgehend nicht anwesend war. Das Protokoll gibt dieses richtig wieder.

Korrigiert wird die Angabe zu TOP 7 „Bericht zum Konjunkturprogramm II“. Im letzten Absatz muss es korrekt heißen:

Zur Fenstersanierung des Rathauses bzw. dem Wärmeverbrauch des Rathauses wird auf Nachfrage ausgeführt, dass das Rathaus gegenwärtig einen Erdgasverbrauch von **700.000 kWh** pro Jahr habe. Nach der Sanierung schätzt der Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft den Gasverbrauch auf nur noch **400.000 kWh**.

Mit dieser Korrektur wird das öffentliche Protokoll genehmigt.

Anmerkung der Verwaltung

Eine Korrektur zum nichtöffentlichen Protokoll des Finanzausschusses erfolgt unter TOP 14.1.

5 **Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt**

Auf den städtischen Konten sind zurzeit 1,46 Mio. € verfügbar. Daneben besteht ein Tagegeld in Höhe von 13,0 Mio. €. Hierin wirkt sich der Steuertermin vom 15.05.2009 aus.

Den Beständen stehen bis zur 26. KW Ausgaben von rd. 4,8 Mio. € gegenüber für insbesondere die Zahlung der Kreisumlage, Gehälter sowie der Defizitdeckung an die Bad GmbH (jeweils zweimal). An liquiden Mitteln stehen somit Ende Juni 2009 rd. 9,65 Mio. € zur Verfügung. Die Liquidität ist damit durchgehend vorhanden.

Herr Levenhagen erkundigt sich nach den **Gewerbesteuereinnahmen**. Der Berichtersteller führt aus, dass einem Haushaltssoll von 22 Mio. € zurzeit ein Anordnungssoll von 21,7 Mio. € Gewerbesteuer gegenübersteht. Somit besteht derzeit kein Bedarf, im Rahmen eines Nachtragshaushalts die Gewerbesteuern zu reduzieren. Dieses könne sich aber bis zum tatsächlichen Beschluss eines Nachtragshaushalts 2009 noch ändern. Ferner wird berichtet, dass die Steuerschätzung des Bundes für die Stadt Ahrensburg bei dem Anteil an der **Einkommensteuer** eine Reduzierung von 1,5 Mio. € ergeben hat. Unter Berücksichtigung einer Überzahlung für das Jahr 2008 ist der Einkommensteueranteil von 13,8 auf 12,08 Mio. € zu reduzieren.

Erinnert wird auch daran, dass die Stadt Ahrensburg keine Nachzahlung der Konzessionsabgabe Gas erhalten wird. Ferner sind Grundstückseinnahmen,

die für 2009 eingeplant waren, in dieser Höhe nicht realisierbar.

Daher wird erwogen – in Abstimmung mit den Fachdiensten - eine Haushaltssperre insbesondere für den investiven Bereich auszusprechen. Auch die einmaligen Unterhaltungsaufwendungen sind hierbei nicht auszusparen.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach dem Zeitplan für einen Nachtragshaushalt. Der Berichterstatter teilt mit, dass dieser aufgrund der Lage der Sommerferien erst nach der Sommerpause verabschiedet werden kann. Die Fachbereiche wurden gebeten, bis zum 15.06.2009 Veränderungsmeldungen zu benennen.

Der Vorsitzende regt an, die Sitzung des Finanzausschusses im September 2009 auf Anfang September vorzuverlegen. Er bittet ferner, über die Positionen der Haushaltssperre den Finanzausschuss in der kommenden Sitzung zu informieren.

6 Rückkaufverpflichtung im Gebiet "Erlenhof" - Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

2009/001/1

Es handelt sich um die Vorlage 2009/ 001 unter Wegfall der geschützten Daten (bisher nichtöffentliche Vorlage). Ferner enthält diese Vorlage einen Beschlussvorschlag für die Aufstellung eines Rahmenplanes und die zeitnahe Aufstellung eines Bebauungsplanes für den südlichen Teil des Erlenhofes. Vermieden werden soll der Rückkauf einer Fläche über 129.178 m².

Herr Griesenberg verweist auf den Antrag seines Fraktionskollegen, Herrn Möller, in dem dieser bereits 2005 die Aufstellung eines Rahmenplanes – vor einem Bebauungsplan – beantragt habe.

Herr Bandick erkundigt sich nach dem Kontakt zur LEG. Der Berichterstatter teilt mit, dass in der Regel wöchentlich sich diese zum Sachstand erkundige und heute Herr Götttsche von der LEG unter den anwesenden Interessenten sei und für Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Levenhagen erklärt, dass er für die Bebauung eintrete. Es sei nicht vertretbar, mehr als 4 Mio. € für eine reine Ackerfläche – ohne Erschließungsmöglichkeit – einzusetzen. Er erkundigt sich, ob sein Eindruck zutreffend sei, dass auch andere Flächen entwickelt werden sollen. Dieses wird bejaht.

Herr Brandt weist darauf hin, dass seines Erachtens die Verzinsung der LEG zu hoch berechnet sei. Dieses Thema wird im nichtöffentlichen Teil vertieft (vgl. TOP 14.1 dieses Protokolls).

Frau Löwer fragt nach, ob – siehe Anlagen 1 und 4 der Vorlage – auch mit den Besitzern der privaten Flächen Verhandlungen geführt wurden. Dieses wird von Herrn Götttsche/ LEG bestätigt. Die letzten Gespräche seien vor rd. zwei Jahren erfolgt. Beide Eigentümer seien mit einer Überplanung ihrer Flächen einverstanden gewesen. Ob diese Flächen Hofflächen bleiben oder veräußert werden, sei noch nicht entschieden gewesen. Für die Aufstellung eines Rahmenplanes sei dieses aber auch nicht relevant.

Herr Stukenberg äußert, dass die FDP in ihrem Wahlprogramm erklärt habe, nicht für die Bebauung des Erlenhofgeländes einzutreten. Die FDP sei gegen „Großprojekte“. Er halte es für fahrlässig, sich in den vergangenen Jahren mit dem Sachverhalt nicht intensiv befasst zu haben. So sei jetzt dieser Handlungsdruck begründet.

Frau Löwer erinnert daran, dass im Bau- und Planungsausschuss die Aufstellung eines Bebauungsplanes kritisch gesehen wurde. Die Verdichtung solle im Rahmenplan festgelegt werden. Hierzu stellt Frau Mellinger klar, dass es fachlich ein Planerfordernis gebe. Ein Bebauungsplan könnte somit aufgestellt werden. Es sei jedoch sinnvoll, die grundlegende Zielsetzung (Erschließung u. a.) in einem Rahmenplan festzulegen. Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, diese Fragen dem Bau- und Planungsausschuss zu überlassen. Dieser befasse sich am 17.06.2009 mit dem Thema. Aufgabe des Finanzausschus-

ses sei es, eine Rückkaufverpflichtung zu vermeiden und alle dafür erforderlichen Schritte festzulegen.

Anmerkung der Verwaltung

Der Bau- und Planungsausschuss berät am 17.06.2009 zur Vorlage 2009/069 „Rahmenplanung Erlenhof“ – Vorschlag zum Planungsverfahren -.

Vor der Abstimmung bittet Herr Brandt, diese in den nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung zu verschieben. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass heute ein Signal für die weitere Beratung des Bau- und Planungsausschusses, aber auch für die Stadtverordnetenversammlung erfolgen sollte. Es wird erörtert, dass auch eine fehlerhafte Berechnung der LEG nicht so gravierend ausfallen könnte, dass die grundsätzliche Empfehlung, für dieses Gebiet einen städtebaulichen Rahmenplan zu erarbeiten, hinfällig werde.

Daher kommt der Finanzausschuss einstimmig überein, im öffentlichen Teil einen Beschluss zur Vorlage Nr. 2009/ 001/1 zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

4 dafür
1 dagegen
1 Enthaltung

Der Stadtverordnete Griesenberg war als Architekt seinerzeit bei der Errichtung des Pavillons tätig. Da ihm durch die Sanierung bzw. Entscheidungen zur Nutzung jedoch kein unmittelbarer Vor- oder Nachteil entsteht, wird eine Befangenheit im Sinne des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein nicht gesehen. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Der Berichterstatter verteilt ergänzend zur Vorlage das Konzept der Info-Quelle (kurzes Konzept vom 25.05.2009, Anlage 1).

Er teilt auf Nachfrage mit, dass der Nutzungsvertrag durch ZGW erarbeitet und von dem Fachbereichsleiter II durchgesehen worden sei. Er erinnert, dass der zeitnahe Abbruch des Rathauspavillons angedacht war (Vorlagen-Nr. 2008/ 180). Nunmehr werde eine übergangsweise Nutzung, die jedoch einen Finanzbedarf von 140.000 € für Elektroinstallationen, eine Heizkessel-erneuerung und energetische Fassadensanierungen auslöse, vorgeschlagen. Zu korrigieren sei der Tippfehler auf Seite 4 der Vorlage. Bei den gerundeten Kosten handele es sich um 8.500 € p. a. (statt 9.500 € p. a.).

Der Aufwand von 140.000 € könne nicht nur eine Nutzung für zwei Jahre bedeuten, sondern müsse seines Erachtens mindestens ein Zeitfenster von fünf bis sechs Jahren umfassen. Sofern die Nutzung angenommen werde, sei der Pavillon als Bestandsgebäude anzusehen und bei zukünftigen Planungen zu berücksichtigen.

Herr Levenhagen äußert, dass die Kosten in Relation zu den Abbruchkosten (125.000 €) stehen. Er sehe aber die Risiken einer dauerhaften Nutzung bis 2014, das Risiko der kurzen Kündigungsfrist von nur drei Monaten und ferner sollten Schönheitsreparaturen seines Erachtens die Nutzer tragen.

Herr Griesenberg bezieht sich auf Seite 4 der Vorlage, wonach folgende Zeitplanung möglich sei:

- Bau eines Parkhauses in den Jahren 2011/ 2012 und daran anschließend
- die Umgestaltung des Rathausplatzes in den Jahren 2013/ 2014.

Diese Zeitplanung ist s. E. unrealistisch kurz. Die Bebauung des Rathausplatzes hänge auch zusammen mit dem Erbbauberechtigten der darunter liegenden Tiefgarage, der sich mit einer Entwicklung „schwer tue“. Der Pavillon sei – sollte die Initiative nicht die Jahre bis 2014 durchhalten – jederzeit gewerblich vermietbar.

Der Berichterstatter erklärt auf Nachfrage, dass sich Herr Dr. Tuch bei beiden Initiativen („Info-Quelle“ / „Kulturzentrum Marstall“) engagiert.

Herr Feldvoss geht auf das ursprüngliche Anliegen des Konzeptes Info-Quelle ein, wonach es keine umfangreiche Sanierung des Pavillons Voraussetzung für dessen Nutzung sei. Ein Ansatz von 15.000 € für Reparaturen und Einrichtung erscheine nach dem Konzept der Info-Quelle ausreichend. Daneben entstehen laufende Betriebskosten, welche die Stadt tragen solle. Der Ausschuss weist darauf hin, dass unter diesem Aspekt für die Nutzer die energetische Seite ohnehin uninteressant sei. Einige Ausschussmitglieder plädieren

nächsten Sitzung des Finanzausschusses weiter beraten werden. In der Zwischenzeit sollte auch mit den Interessenten gesprochen und der Sanierungsaufwand überprüft werden.

8 Aktualisierung des Leitbildes für Ahrensburg sowie der strategischen Ziele für die Entwicklung der Stadt - Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt - 2009/033

Frau Mellinger verteilt im Hinblick auf die Erörterung im Finanzausschuss am 28.04.2009/ TOP 6 eine Übersicht über Wohnbaupotentiale mit der Ergänzung über größere Potentialflächen im Eigentum der Stadt Ahrensburg als Plan und in Schriftform (**Anlage 2 a und b**).

Herr Koch verteilt den Entwurf einer Stellungnahme des Finanzausschusses zu den Empfehlungen und Projekten aus der Zukunftswerkstatt (**Anlage 3** in überarbeiteter Fassung). Stellungnahmen von anderen Mitgliedern des Finanzausschusses liegen nicht vor, sodass sein Entwurf als Diskussionsgrundlage dient und absatzweise erörtert wird.

1. Moderates und qualitatives Wachstum

1.1 Schaffung von zusätzlichen Wohneinheiten innerhalb der Bebauungsgrenzen Ahrensburgs

1.2 Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Ausweisung neuer Wohnbauprojekte am Stadtrand nur in begründeten Ausnahmefällen

Im 4. Absatz ist die Bezeichnung „Ahrensfelder Weg“ durch „Ahrensburger Redder“ zu ersetzen, da der Ahrensfelder Weg in Großhansdorf gemeint ist und dieses zu Missverständnissen führen könnte.

Mit dieser Änderung wird der Stellungnahme zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 dafür
1 Enthaltung**

2. Starkes Mittelzentrum

2.1.3 Weiterentwicklung von Ahrensburg als Wohn-, Bildungs- und Arbeitsstättenstandort

Herr Marzi merkt an, dass aus seiner Sicht der Bedarf an weiteren Gewerbegebieten zurzeit fraglich sei. Er erinnert an die Anfrage zu Leerständen in den Gewerbegebieten. Dem schließt sich Herr Stukenberg an, der ebenfalls eine Information über Leerstände wünscht. Der Vorsitzende führt aus, dass die Stellungnahme zum Leitbild generelle Aussagen enthalte und keine kurzfristige Betrachtungsweise. In diesem Sinne sei die Aussage, dass für die zukünftige Entwicklung Ahrensburgs als Wirtschafts- und Arbeitsstättenstandort die weitere Erschließung des Gewerbegebietes Beimoor Süd von entscheidender Bedeutung ist und durch die Bereitstellung von Erweiterungsflächen sowie durch Neuansiedlung das bislang erreichte Niveau gehalten und ggf. ausgebaut werde, richtig.

Der Finanzausschluss schließt sich dem Entwurf der Empfehlung an.

9 Änderung der Verwaltungsgebührensatzung

2009/046

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich nach inhaltlichen Veränderungen. Der Berichterstatter teilt mit, dass die Vorlage nicht verändert wurde. In der Zwischenzeit erfolgte ein Abstimmungsgespräch mit dem Rechnungsprüfungsamt erzielt.

Ein Ausschussmitglied bittet darum, alle **Änderungen** gegenüber der Ursprungssatzung durch **Fettdruck** hervorzuheben. **Dieses ist zukünftig grundsätzlich zu beachten.** Der Finanzausschuss schließt sich dieser Bitte an.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

10 Änderung der Bewilligungsbedingungen der Stadt Ahrensburg 2009/045

- abgesetzt -

12 Verschiedenes

12.1 Erweiterte Räume für den Kinder- und Jugendbeirat - Einladung -

Herr Feldvoss teilt mit, dass Herr Jahn aus dem Bruno-Bröker-Haus in die Waldstraße 12 umgezogen ist und der Kinder- und Jugendbeirat daher dieses Büro jetzt übernehmen konnte. Er kündigt eine Einladung an die Stadtverordneten - verbunden mit einer Einweihung - in diese Räume an.

13 Kennntnisnahmen

13.1 Anschaffung eines Notstromaggregats für das Rathaus

Der Berichterstatter teilt mit, dass zwischenzeitlich der Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft offiziell an das THW und die Freiwillige Feuerwehr Ahrensburg erneut – dies in schriftlicher Form – herangetreten sei. Der Vermerk liegt als **Anlage 4** bei.

Danach kann das THW bei Eintreten eines Katastrophenfalls nicht sicherstellen, dass der Betrieb des Rathauses in einem Zeitraum von bis zu 15 Minuten wieder aufgenommen werden kann. Die Notstromaggregate der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg sind nicht geeignet, im Katastropheneinsatz das Rathaus auskömmlich zu versorgen. Ein dort untergestelltes Notstromaggregat könnte jedoch in diesem Zeitraum zum Rathaus gebracht werden und dort den Betrieb sicherstellen. Daher wird dringend empfohlen, ein eigenes Notstromaggregat anzuschaffen.

Da entsprechende Haushaltsmittel für den Kauf eines Notstromaggregats vorhanden sind, ist ein eigener Beschluss des Finanzausschusses für den Ankauf nicht erforderlich. Es galt in den vergangenen Monaten lediglich, den Bedarf zwingend abzuklären.

Herr Stukenberg teilt mit, dass er die Beschaffung eines eigenen Notstromaggregates unverändert bezweifelt.

13.2 Weitere Nutzung der Holzhäuser Reeshoop 55 c (Vorlagen-Nr. 2008/ 131)

Unter Bezug auf die Vorlage Nr. 2008/ 131 über die weitere Nutzung der Holzhäuser Reeshoop 55 c wird durch die Verwaltung daran erinnert, dass eine der vier Wohnungen an die Badlantic Betriebsgesellschaft vergeben werden sollte.

Vorgesehen war – entsprechend einer Anfrage – eine Wohnung als Büro an den Personalrat der Badlantic Betriebsgesellschaft zu vergeben. Die Bad GmbH hat hierzu nicht ihre Zustimmung erteilt. Der Personalrat teilt sich ein Büro mit der DLRG Ahrensburg.

Während die Ortsverbände des DLRG in anderen Kommunen seit Jahren über eigene Räumlichkeiten verfügen, finden die Treffen des Ortsverbandes Ahrensburg häufig in privaten Räumen des Vorstandes statt. Wegen der örtlichen Nähe zum badlantic eignen sich die Räume im Reeshoop 55 c daher in besonderer Weise für die ehrenamtliche Arbeit der DLRG in Ahrensburg.

Die DLRG würde die Betriebskosten tragen, Sie bittet jedoch um einen Zuschuss in Höhe der Miete. Diese Angelegenheit wird im Sozialausschuss beraten.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

gez. Tobias Koch
Vorsitzender

(Haase)
Protokollführerin